

Breitbandausbau: 1,8 Millionen Euro für das Schiefergebirge

Bis Ende nächsten Jahres sollen mindestens 85 Prozent der Haushalte in Probstzella, Gräfenthal und Lehesten an der Datenautobahn sein

25. März 2017 / 02:03 Uhr



VG-Chef Sven Mechtold (SPD, links) und der Parlamentarische Staatssekretär Enak Ferlemann (CDU) bei der Übergabe des Fördermittelbescheides am Dienstag in Berlin. Foto: BMVI

Probstzella/Berlin. Die Verwaltungsgemeinschaft Schiefergebirge hat als Projektträgerin am 21. März im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur in Berlin einen Fördermittelbescheid über etwa 1,8 Mio. Euro für den Breitbandausbau in den Gemeinden Probstzella, Lehesten und Gräfenthal erhalten. Nun gilt es, schnellstmöglich die Leistungen für dieses Infrastrukturprojekt auszuschreiben und zu vergeben. Ziel ist es, bis Ende 2018 mindestens 85% aller Haushalte im Verwaltungsgebiet mit 50 Megabit pro Sekunde beziehungsweise 98% mit 30 Megabit pro Sekunde zu versorgen.

Schnelles Internet für alle, und dies auch noch möglichst bald. Um dieses Versprechen aus dem Koalitionsvertrag umzusetzen, hat das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) Förderbescheide in Höhe von 935 Millionen Euro übergeben. 150 Kommunen, Landkreise und Breitbandzweckverbände wurden mit bis zu 15 Millionen pro Infrastrukturprojekt unterstützt. Darunter auch die VGt Schiefergebirge, welche als Projektträger für die Gemeinden Probstzella, Lehesten und Gräfenthal auftritt.

Am 28. Oktober 2016 hatte die VG den Antrag auf Fördermittel beim Bund eingereicht. „Ich freue mich sehr, dass unser Antrag genügend Scoringpunkte im bundesweiten Wettbewerb erzielt hat. Somit wird Gräfenthal, Lehesten und Probstzella in die Breitbandförderung aufgenommen. Wir können nun bis Ende 2018 rund 2600 Haushalte und Gewerbetreibende, die derzeit noch keine oder eine viel zu geringe Breitbandversorgung haben, mit schnellen Internet versorgen.“, so Gemeinschaftsvorsitzender Sven Mechtold.

Land und Gemeinde bezahlen den Rest

"Die Gesamtinvestitionskosten für den Breitbandausbau im Verwaltungsgebiet liegen nach derzeitigen Erkenntnissen bei etwa acht Millionen Euro. Nach Abzug der im Betrachtungszeitraum von sieben Jahren zu erwartenden Einnahmen und der Investitionen, die die Netzbetreiber selbst in den Ausbau stecken werden, bleibe eine Wirtschaftlichkeitslücke von 2,6 Mio. Euro, welche nun zu schließen ist. Der Fördermittelbescheid des Bundes steuert hierfür 1,8 Mio. Euro bei. Die Kofinanzierung des Freistaates Thüringen, zu welcher er sich bereits bei Antragstellung der Bundesmittel bekannt hat, bringt 700.000 Euro. Hierfür ist allerdings jetzt erst eine Beantragung möglich. Der Rest wird durch Eigenmittel der Kommunen finanziert.", erklärt Mechtold weiter.

Das Ziel des BMVI bis Ende 2018 jeden in Deutschland mit einem Breitbandanschluss zu versorgen kann also in der Verwaltungsgemeinschaft Schiefergebirge gelingen.

OTZ / 25.03.17